

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Koffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 217

Montag, den 14. Dezember 1925

77. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen

Bareinlagen

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Das Wichtigste

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind bisher er-
folglos gewesen.

Die Zinsen für öffentliche Gelder sollen herabgesetzt werden.
Im preussischen Landtag gebrachte der sozialdemokratische
Ministerpräsident beleidigende Äußerungen gegenüber der
Landwirtschaft.

Am Sonnabend nachmittag lief aus der Deutschen Werft in
Hamburg das zweite von fünf für englische Rechnung in
Auftrag gegebenen Motorschiffen glücklich vom Stapel. Das
10 000 Tonnen große Schiff erhielt den Namen „Malayan
Prince“.

In dem ersten Drittel des Dezember hat sich die wirtschaftliche
Befregung des Reiches im Eilempe fortgesetzt. 213 Konkurse,
Zahlungs einstellen und Geschäftsaussichten werden in
diesem Zeitraum gemeldet.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Diebstahl.) In der Nacht vom 10.
bis 12. Dezember, wahrscheinlich in der Nacht vom Freitag
zum Sonnabend, wird einer hiesigen armen Familie zirka
4 Zentner rote Speisekartoffeln aus einem verschlossenen
Schuppen gestohlen worden. Sachdienliche Angaben hierüber
wolle man der nächsten Polizei- oder Gendarmerie-Station
melden.

(Die Gültigkeit der Sonntagsfahr-
karten für den Weihnachtsverkehr) erstreckt sich
von Mittwoch, den 23. Dezember, mittags bis einschließlich
zum 3. Weihnachtsfeiertag, 12 Uhr nachts.

(Für die Aufhebung des Revolutions-
feiertags.) Wie aus Dresden gemeldet wird, richtete
die Dresdner Kaufmannschaft an den Landtag eine Eingabe
um Aufhebung des 9. Novembers als Feiertag, da er in
anderen Ländern nicht gefeiert wird und daher eine Schädig-
ung des sächsischen Wirtschaftslebens bedeutet.

(Heimarbeiter-Löhne und Fürsorge-
unterstützung.) In einer amtlichen Verordnung an die
Fürsorgeverbände hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium
erneut auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, daß nicht
selten Hausarbeiter, selbst bei fleißiger Arbeit nicht den not-
wendigsten Lebensbedarf verdienen, mithin fürsorgebedürftig
sind. Das Hausarbeitsgesetz vom 30. Juni 1923 sei von
dem Gedanken geleitet, dem Hausarbeiter die Beschaffung
des wichtigsten Lebensbedarfs durch eigene Arbeit zu sichern.
Die Wohlfahrtsämter müßten daher sorgfältig feststellen, ob
Fürsorgebedürftige oder deren unterhaltspflichtige Ange-
hörige Hausarbeiter sind und sich gegebenenfalls mit dem zu-
ständigen Gewerbeaufsichtsamt verständigen, um festzustellen,
ob die gezahlten Löhne „zulängliche Entgelte“ im Sinne des
§ 20 des Hausarbeitsgesetzes sind. Die Gewerbeaufsichts-
ämter würden ihrerseits nötigenfalls eine Lohnregelung oder
ein Aufpuffahren anzuregen haben. Man hofft, daß mit
solchen Maßnahmen es gelingen wird, einen beträchtlichen
Teil der Hausarbeiter aus der Fürsorgebedürftigkeit heraus-
zuführen.

(Wie lange gelten die Bahnsteigkarten?)
Bahnsteigkarten gelten nur zur einmaligen Benutzung an dem
Tage, an dem sie vom Bahnsteigbesitzer mit der Lochzange
entwertet worden sind. Sie sind nur für die Station gültig,
auf die sie lauten. Die zwischen 11 und 12 Uhr nachts
entwerteten Karten sind noch am folgenden Tage gültig.
Wenn bei Betriebsstörungen, z. B. bei Zugverspätungen, der
mit dem Betreten des Bahnsteigs beabsichtigte Zweck nicht
erreicht wird, werden die bereits gelöchten Bahnsteigkarten
vom Aufsichtsbeamten handschriftlich oder mit Stempel wie-
der gültig gemacht. Die Geltungsdauer der Karten wird
hierdurch aber nicht verlängert. Der Zutritt zu den Bahn-

steigen wird mit Bahnsteigkarten nur gestattet nach Öffnung
der Sperre vor der Abfahrt oder Ankunft von Zügen.

(Kartoffeln und Äpfel nachsehen!) Als
Folge des regnerischen Nachsommers weist die diesjährige
Kartoffel- und Äpfelernte eine nur verminderte Haltbarkeit
auf. Vor allen Dingen bei großen Lagerbeständen ist es
deshalb geboten, eine öftere Untersuchung vorzunehmen und
Faulendes zu beseitigen. Nur so läßt sich einem größeren
Verluste vorbeugen.

(Verschärfung der Strafbestimmungen
für Fischfrevler.) Wie die Pressestelle der Landwirt-
schaftskammer mitteilt, haben in Sachen die Uebergriffe an
Objekten der Binnenfischerei in den letzten Jahren so zuge-
nommen, daß ihre nachteiligen Rückwirkungen auf die gesamte
Fischereiwirtschaft unverkennbar sind. Die Landwirtschafts-
kammer hat deshalb das Verlangen des Deutschen Fischerei-
vereins nach einer Verschärfung der Strafbestimmungen für
Fischfrevler dringend befürwortet. Es ist erwiesen, daß Be-
sitzer Neubefestigungen ihrer Teiche wegen der Gefahr des
Diebstahls und der Beraubung nicht mehr vornehmen und
ihre Fischereibetriebe lieber unbewirtschaftet liegen lassen.
Sowohl vom forstlichen, wie vom jagdlichen Standpunkt
wird der beantragten Verschärfung in vollem Umfange zu-
gestimmt.

Bannewitz. (Zwei Kraftwagen im Strafen-
graben.) Infolge der außerordentlichen Glätte, die durch
den Witterungsumschlag einsetzte, kam am Donnerstag der
um 8 Uhr abends nach Bannewitz bestimmte staatliche
Kraftwagen der Linie Dresden—Pöfendorf oberhalb
des Vorortes Raib ins Rutschen und fuhr mit seinem Vor-
derteil in den Straßengraben, die Straße zum Teil sperrend.
Der zu Hilfe gerufenen Dresdner Feuerwehr wurde das
gleiche Schicksal zuteil. Etwas oberhalb der Unglücksstätte
kam auch ihr Rettungswagen ins Gleiten und saß ebenfalls
im Straßengraben fest. Erst nach vielen Mühen konnten
die beiden Wagen wieder freigemacht werden.

Freiberg. (Neuer Domorganist.) Für die Dom-
organistenstelle wählte die Domkirchenverwaltung den
Lehrer A. Eger in Berthelsdorf bei Freiberg.

Das Autobusunglück bei Prischwitz.

Zu dem Autounfall auf der Kraftwagenlinie Bauen—Kamenz
am Donnerstagnachmittag erfahren wir noch folgendes:

Die zehn Schwerverletzten wurden zum Teil nach dem Bauen-
Krankenhaus gebracht; ihr Zustand war den Verhältnissen entsprechend
am Freitag zufriedenstellend. Ueber die Ursache des Unfalls konnte
eine an der Unfallstelle sofort eingetroffene Untersuchungskommission
feststellen, daß an der steil abfallenden Straße die Handbremse gerissen
ist und daß der Wagen mit der Fußbremse allein nicht mehr zum
Stehen gebracht werden konnte. Der vollbesetzte Wagen fuhr auf der
Straße, die dort eine rechtwinkelige Kurve macht, in ziemlich scharfem
Tempo in der Richtung nach Kamenz. Er fuhr den kurzen Graben-
hang hinunter über die vor dem dortigen Gehöft gelegene Wiese, riß
einen Ast mit sich und fuhr mitten in den Gutshof hinein, wo er um-
stürzte und bis kurz vor der Scheune weiterrollte. Die in dem
Wagen eingeschlossenen Fahrgäste mußten durch eines der hinteren
großen Fenster herausgezogen werden. Eine Frau war mit der Hand
unter dem Wagen festgeklammert, sodas sie erst leicht gehoben werden
mußte, um die laut Schreiende aus ihrer Lage zu befreien. Verzügliche
Hilfe war sofort zur Stelle. Sowohl aus Kamenz als auch aus
Bauen trafen mit Kraftwagen eine Anzahl Ärzte und die freiwilligen
Sanitätskolonnen ein.

Die Namen der Schwerverletzten sind: Frau Auguste Schuster,
Gehfrau aus Kamenz und das zweijährige Kind; Hermann Matthes,
Gotha; Arthur Müller, Neugersdorf; Elsa Menger, Bauen; das
Chepaar Robert Rabe, Uhlst a. L.; Anna Kozur, Weiditz; Magda-
lene Schmöle, Schweinwerden; Georg Röhler, Schirgiswalde.
Während sich Frau Schuster bei dem Sturz einen Armbruch
zuzog, erlitt das Kind eine Kopfschwanzverletzung. Erfreulicherweise
sind die umlaufenden Gerüchte über das Kind unbegründet. Es be-
findet sich, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verhältnis-
mäßig wohl; Lebensgefahr besteht nicht.

Der Automobilomnibus ist am Freitag nachmittag wieder ab-
transportiert worden. Infolge der einbrechenden Dunkelheit konnte am
Donnerstag nichts wesentliches mehr an seiner Bergung unternommen
werden. Er blieb die Nacht über umgestürzt im Gehöft von Schöke
liegen, was ein ziemlich trauriges Bild bot. Die Aufräumungsarbeiten
nahmen den ganzen Freitag vormittag in Anspruch, es war ziemlich
schwierig, den Wagen in die Höhe zu bringen, letzten Endes wurde es mit
Flaschenzügen fertiggebracht. Er war namentlich im Vorderteil über
zugerichtet, die Scheiben waren zertrümmert, die Federn zerprungen
und die Räder verbogen (wahrscheinlich beim Auffahren im Graben).
Schutzbleche und Lampen demoliert u. a. m. Er wurde mittels Kraft-
wagen nach Bauen abgeschleppt, was noch einmal viele Zuschauer an-
gelockt hatte.

Ein Augenzeuge des Unfalles, ein im Schladesehen Gute Be-
schäftigter, erzählt folgendes: „Ich hatte gerade am Scheunentor zu-
tun, als ich plötzlich vor mir im Gutshofe ein donnerähnliches Krachen
vernahm. Schmutz und Rauch stoben auf, daß man zunächst gar nicht
sehen konnte, und erst als sich diese legten, offenbarte sich das ganze
Unglück. Da klang aber auch schon aus dem Wagen das Hilfeschrei
und fürchterliche Schreien und Stöhnen der Verwundeten. Wir spran-
gen sofort hinzu, öffneten die Tür und schlugen die Fenster ein und
befreiten so die Verwundeten. Auch die Unverletzten legten, sobald sie sich
vom Schreck erholt hatten, Hand an zur Bergung der Verwundeten.
Es spielten sich herzerreißende Szenen ab.“

12. ordentl. ev.-luth. Landesynode

Ueber das Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse der
landeskirchlichen Beamten berichtete am Donnerstag der
Verfassungsausschuß Syn. Meier. Das Gesetz wird notwendig
durch die bevorstehende Trennung vom Staat und tritt erst mit
Befehl in Kraft. Es gilt für die Beamten und Unterbeamten
des Landes konsistoriums und der Bezirkskirchenämter und
läßt die Möglichkeit offen, später vielleicht auch die der Epho-
rien einzuschließen. Die Vorlage gründet sich auf die Kirchengesetz-
fassung und lehnt sich in den Einzelheiten an das für Reichs-
und Staatsbeamte geltende Beamtenrecht an. Die Synode
entschied in beiden Lesungen entsprechend dem Antrag des Aus-
schusses.

Syn. Krumblege hatte eine Interpellation an das Kir-
chenregiment eingebracht, wann es den Entwurf eines Kir-
chengesetzes vorzulegen beabsichtige, die von Präsident
Böhme dahin beantwortet wurde, daß der Zeitpunkt noch nicht
bestimmt angegeben werden könne.

Die zweite Lesung der Vorlage über die Bezirkskirchen-
ämter brachte einen Umschwung insofern, als nunmehr der ur-
sprüngliche Mehrheitsantrag des Ausschusses auf Schaffung
von vorläufig 5 hauptamtlichen Bezirkskirchenräten angenom-
men wurde.

Als letzter Verhandlungsgegenstand kam ein Antrag des
inneren Ausschusses, vertreten durch Syn. Reimer, über die
Konfirmationsfrage zur Verhandlung. Es sind von 7 verschie-
denen Stellen Gesuche um Erleichterungen des Konfirmations-
gesetzes eingegangen. Der Berichterstatter glaubte, den ersten
Willen zu seelsorgerlichem Verständnis, der durch das Konfir-
mationsgesetz entstandenen Schwierigkeiten am besten Ausdruck
geben zu können durch den Vorschlag einer Erklärung.

- 1.) Die Synode hat Verständnis für die Gewissensnot,
die aus den eingegangenen Gesuchen spricht.
- 2.) Sie muß jedoch an dem Konfirmationsgesetz festhalten,
umso mehr, als es erst vor einem Jahre beschlossen
worden ist.
- 3.) Sie muß aber auch erwarten, daß man zunächst dieses
Gesetz, das der Anschauung weiter Kreise unseres Kir-
chenvolkes durchaus entspricht, und dessen Abänderung
in diesem wiederum große Beunruhigung schaffen
würde, sich auswirken läßt.
- 4.) Sie richtet an das Landeskonsistorium und insbesondere
an den Herrn Landesbischof die Bitte, auch weiterhin
auf dem Wege persönlicher Aussprache, mit aller seel-
sorgerlichen Liebe denen zu begegnen, die mit ihrer
Gewissensnot zu ihr kommen.
- 5.) Sie bittet das Landeskonsistorium, auch Ausnahmen
von dem Gesetze im einzelnen Falle nicht grundsätzlich
zu verweigern, soweit dadurch der in diesem Paragraphen
festgelegte Charakter der Konfirmation als einer Be-
kenntnis- und Gelöbnishandlung nicht berührt wird.
Landesbischof D. Ihmels nahm Gelegenheit zu eine grund-
sätzliche Äußerung. Die Entscheidungen, vor die das Landes-
konsistorium gestellt werde, bedeuteten häufig für die eine
eraste Belastung, da jede gefällte Entscheidung weitere nach sich
ziehen könne. Er bat daher, daß auch die Mitglieder der
Synode dahin wirken, daß das Landeskonsistorium nicht vor



die Nowendigkeit solcher Entscheidungen gestellt werde. In längerer Ausföhrungen ist sich Sgn. Hermann-Weipig für den Antrag des Ausschusses, insbesondere für Beibehaltung des Bankes 5 ein. Neben anderen Rednern hat auch Sgn. Müller-Zwickau in dieser Art der Dinge die Stimme einer großen Minderheit nicht zu überhören. Der Ausschussantrag wurde einschließlich des Bankes 5 angenommen und darauf die Synode durch Präsident Dr. Böhm verlegt.

Zur Sanierung der öffentlichen Verwaltung.

Von Karl Hepp, M. d. R.

Mit der gesamten Wirtschaft leidet die Landwirtschaft unter der Ueberlast des öffentlichen Verwaltungsapparates, dessen Aufrechterhaltung in stetig steigendem Maße Abbau der Substanz der deutschen Wirtschaft bedeutet. Die Steuerlast, die auf der deutschen Landwirtschaft lastet, betrug im Jahre 1924 — die Auswirkung der neuen Steuer-gesetzgebung läßt sich mit Sicherheit noch nicht feststellen — über 25 Prozent des Vermögenssteuerwertes der Vorkriegszeit. Das entspricht dem in der Friedenszeit errechneten Reinertrag der deutschen Landwirtschaft. Erweist sich schon dadurch die Unrentabilität der deutschen Landwirtschaft, so wird die Lage noch verschärft dadurch, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1924 keinen Reinertrag aufzuweisen hatte, die Steuern also aus dem Betriebskapital gezahlt werden mußten. So beruht auch die heutige Kreditkrise zu einem wesentlichen Teil darauf, daß die im Jahre 1924 aufgenommenen Kredite zur Abtragung der Steuerschuld benutzt werden mußten, also weiter nichts als eine verschleierte Steuerstundung darstellten, deren Druck noch durch die Kurzfristigkeit der Kredite verstärkt wurde. Die vorhin angeführte Berechnung wird bestätigt durch eine Nachprüfung in zahlreichen Einzelfällen. Danach betrug die steuerliche Belastung im Wirtschaftsjahre 1924/25 etwa 15 bis 20 Prozent des Rohertrages, was wiederum dem vor dem Kriege üblichen Reinertrage entspricht. Diese Steuerlast, die eine Rentabilität völlig ausschließt, ruhte auf einer Landwirtschaft, deren Kapitalstoffs durch Krieg und Währungs zusammenbruch völlig zerrüttet ist. Das Sparrkapital der landwirtschaftlichen Genossenschaften betrug am 1. Oktober 1914 annähernd 3 Milliarden Goldmark; am 1. Oktober 1923 betrug es noch 30 000 Goldmark. Es ist ganz klar, daß eine derartig geschwächte Basis kaum eine geordnete Weiterführung des Betriebes zuläßt, geschweige denn einen derart aufgeblähten öffentlichen Verwaltungsapparat wie in der Gegenwart tragen kann.

Die unverhältnismäßige Steigerung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung gegenüber 1913 beruht einmal in einer Inflation der Aufgaben der öffentlichen Hand, wie sie nicht das öffentliche Interesse in erster Linie, sondern das Propagandabedürfnis der von der Gunst der Wähler abhängigen Parteien diktiert, die in den Bewilligungskörperschaften in Reich, Ländern und kommunalen Verwaltungen sich in der Herrschaft behaupten wollen. Kennzeichnend dafür ist die ungeheure Ausgabenerhöhung auf dem Gebiete des Sozialertrags. Dieser wurde für 1924 von dem Reichsarbeitsministerium zunächst auf 1290 Millionen, dann auf 1610 Millionen berechnet, doch ergab sich schon Ende 1924 eine soziale Belastung der Wirtschaft von 1700 Millionen. Zu dieser Summe treten noch die Beiträge des Reiches. Insgesamt betragen die Sozialausgaben am Ende des Vorjahres rund 2 Milliarden, d. h. 70 Prozent mehr als 1913. Inzwischen sind neue Ausgaben hinzugekommen, so daß man nach dem gegenwärtigen Stand mit einem künftigen Sozialertrag von 3,2 Milliarden rechnen muß. Vergeblich hat die deutsche Wirtschaft bisher die Aufstellung eines Sozialertrags gefordert. Die Parteien verstanden es nicht, sich eine klare Ueber-sicht über die finanziellen Folgen ihres Bewilligungseifers zu verschaffen.

Dieser Inflation der Aufgaben entsprach eine Aufblähung des Verwaltungsapparates. Kennzeichnend dafür sind die Zustände in unserer heutigen Reichsfinanzverwaltung. Vor dem Kriege waren im gesamten deutschen Steuerdienst ungefähr 40 000 Personen beschäftigt. Am 1. April 1925 waren nach einer Zusammenstellung des Stats für 1924 in der Reichsfinanzverwaltung 73 585 Personen tätig. Der Etat von 1923 sah sogar einen Personalbedarf von 120 733 Köpfen vor. Die Reichsfinanzverwaltung kostete nach dem Etat 1925 399 Millionen Mark, also mehr, als die ganze preußische Einkommensteuer im Jahre 1913 erbrachte, deren Gesamtaufkommen 392 Millionen betrug.

Ich glaube, daß diese wenigen Beispiele für sich sprechen. Wenn hier Hilfe überhaupt möglich sein soll, so werden sich andere Parlamente zu der Selbstverkennung durchdringen müssen, zu der ein Parlament, das auf eine so lange Tradition zurückblickt, wie das englische, längst gekommen ist. Der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Ludwig Bernbard war es, der in einem dringlichen Appell an den Reichstag auf die sogenannte „Selbstverleugnungsborder“ des britischen Parlaments hinwies. Diese Selbstverleugnungsborder besagt in knappen Worten, daß das englische Parlament keinerlei Antrag auf Bewilligung von Geldsummen für irgendeinen Zweck des Staatsdienstes zulasse, der eine Bewilligung öffentlicher Gelder oder eine Last für den Staatskredit zur Folge hat, wenn nicht eine Empfehlung der Regierung vorliegt. Die oft bewunderte Kraft und Stetigkeit der englischen Staatsfinanzen ist ein Ergebnis dieses Verhaltens. Auch der Deutsche Reichstag wird diesen ernststen Willen zur Sachlichkeit aufbringen müssen, wenn er seiner Aufgabe als Volksvertretung gerecht werden will.

Das englische Beispiel zeigt, daß eine Angleichung der Kosten des Staatsapparates an die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nur möglich ist durch den Ausbau der Finanzkontrolle von oben, insbesondere der des Reiches. In diesem Sinne sollte erwogen werden, die Befugnisse des

Reichsfinanzministers entsprechend zu erweitern; insbesondere sollte ihm die Möglichkeit der gesetzgeberischen Vorbereitung gegeben werden zur grundsätzlichen, wirtschaftlichen Gestaltung des gesamten Regierungsapparates einschließlich des Haushaltsplanes.

Diese Selbsthilfe ist nicht nur aus innerpolitischen Gründen notwendig. Das deutsche Volk sollte nicht vergessen, daß für Deutschland nach Annahme des Dawesplanes ständig die Gefahr besteht, daß der internationale „Kommissar für die verpfändeten Einnahmen“ rücksichtslos in die deutsche Reichsgesetzgebung eingreift, wenn es nicht gelingt, die Finanzen des Reiches nach einem einheitlichen Plane, unabhängig von den wechselnden Einflüssen der Tagespolitik, liquide zu gestalten. Ein Fortfahren mit unserer bisherigen ungehemmten Ausgabenpolitik ist also eine Vogel-Strauß-Politik, die nicht nur die Augen vor dem drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft verchielt, sondern auch die außenpolitischen Tatsachen nicht sehen will.

Politische Rundschau.

Niedriger hängen!

© Berlin. Im Preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident Braun:

Wenn es dieser Reichsregierung trotz des entscheidenden Einflusses der Deutschnationalen nicht gelungen ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche so zu gestalten, daß eine Katastrophe vermieden werden könnte, dann liegen doch wohl die Schwierigkeiten vielleicht etwas mehr in der Sache als bei den Politikern. Ich möchte Ihnen (nach rechts) erklären, daß diese Forderung meist in den Kreisen erhoben wird, in denen man am wenigsten arbeitet. Das macht einen sehr ungünstigen Eindruck auf diejenigen Kreise, in denen man überhaupt nur (?) arbeitet. Darauf kam es im Landtag zu Sturmzügen. Der kleinbäuerliche Beisitzer Abg. Gauger von den Deutschnationalen kam auf die Rede Braun zurück. Er protestierte mit scharfen Worten dagegen, daß der Ministerpräsident indirekt die Bauern als diejenigen bezeichnet habe, die am wenigsten arbeiten, am meisten aber Mehrarbeit verlangten.

Herr Braun rief dazwischen: „Sie waren ja gar nicht gemeint“, worauf Abg. Gauger fortfuhr:

„Wenn ich die Mühen der reichen Leute so schnell angenommen hätte wie Sie, Herr Ministerpräsident, dann würde ich mich nicht als Richter über die Arbeiter aufwerfen. Wenn Sie wüßten, wie die Landwirte und Bauern arbeiten müssen, würden Sie Ihre Worte zurückziehen. Die Bauern sind inzwischen so klug geworden, daß sie den Unterschied zwischen Reden und Taten herausgefunden haben. So, wie Sie, Herr Ministerpräsident, arbeiten, werden Sie diese Bauern nie zur Grundlage Ihres Staates machen. Einen derartigen Ministerpräsidenten lehnen wir ab.“

Zinsverbilligung bei den öffentlichen Geldern

© Berlin. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat neuerdings einem der Kreditverbilligung dienenden Uebereinkommen sämtlicher Kommunen über die Zinsverbilligung öffentlicher Gelder seine Zustimmung erteilt. Danach soll bei Ausleihung verfügbarer Gelder an die Girozentralen und Sparkassen bis auf weiteres kein höherer Zinssatz als 7½ Prozent gefordert werden, wobei die Institute sich verpflichten müssen, diese Gelder im Durchschnitt mit nicht mehr als ein Prozent Aufschlag weiterzugeben. Auch die Privatbanken, die von kommunaler Seite verbilligte Kredite erhalten, sollen verpflichtet werden, die Zinsermäßigung ihrem Kundenkreis voll zugute kommen zu lassen.

Der Besuch Fehrenbachs beim Reichspräsidenten.

Das Zentrum lehnt ab

Koch für Montag vorm. zum Präsidenten geladen.

Berlin, 13. Dezember. Wie die Telegraphen Union von maßgebender Seite erzählt, hat der Reichspräsident heute vormittag den Abgeordneten Fehrenbach zu dem angekündigten Besuch empfangen. Der Reichspräsident bot ihm die Bildung des Kabinetts auf der Basis der Großen Koalition an. Der Abgeordnete Fehrenbach lehnte jedoch ab, indem er ausdrücklich betonte, daß er diese Ablehnung auch im Namen seiner Fraktion aussprechen müsse. Infolgedessen entfällt auch die in der Presse angebotene Möglichkeit, daß der Reichspräsident im Falle der Ablehnung durch Herrn Fehrenbach den früheren Reichskanzler Dr. Marx mit der Kabinettsbildung beauftragen werde. Für Montag vormittag 11 Uhr ist nun der Führer der Demokraten, der Reichsminister a. D. Koch zum Reichspräsidenten gebeten, und es ist anzunehmen, daß nach ihm der Versuch der Kabinettsbildung angeboten werden wird.

Entscheidende Sitzung der demokratischen Fraktion.

Berlin, 14. Dezember. Wie die Telegraphen Union erzählt, ist für Montag Nachmittag um 2 Uhr eine Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion angesetzt worden, in der der Vorsitzende Reichsminister a. D. Koch über seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten, zu dem, wie gemeldet, er um 11 Uhr geladen ist, Bericht erhalten wird. Zu dieser Sitzung werden dann entscheidende Beschlüsse gefaßt werden.

Der bayerische Ministerpräsident über die Lage.

Regensburg, 13. Dezember. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß sprach am Sonntag mittag in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei über die politische und wirtschaftliche Lage. Dr. Heß erklärte, die erste und größte Aufgabe der deutschen Politik sei es, die Kriegsschuldfrage zu lösen und Deutschland von dieser Last zu befreien. Den Vertrag von Locarno bezeichnete der Redner als einen notwendigen Schritt auf dem Wege der Versöhnung und des wirtschaftlichen Fortschritts. In der inneren Politik sei die Bildung einer Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie und auf die sogenannten Sozialparteien notwendig. Die Preislenkungsfrage müsse unter allen Umständen einer Lösung entgegengeführt werden. Wenn die Mitwirkung der Beteiligten für die Herbeiführung erträglicher Zustände in dieser Angelegenheit versagen sollte, so werde er von den allerstärksten Mitteln Gebrauch machen.

Oskar v. Miller über seine Amerika-Reise.

München, 13. Dezember. In einem kleinen Kreise von Freunden, Mitarbeitern und Pressevertretern berichtete am Sonntag der Schöpfer des Deutschen Museums, Oskar v. Miller, über

seine dreimonatige Amerika-Reise, von der er vor kurzem wohl behalten nach München zurückgekehrt ist. Der Vortragende betonte nach einem Hinweis auf die gewaltige Industrie Amerikas, daß es für uns sehr schwer sein werde, gegen diese Konkurrenz aufzukommen. Nur durch die Genauigkeit unserer Arbeit durch Erfindungsgeist und Berechnung könnten wir uns Geltung verschaffen und den Amerikanern ein Vorbild für ihre Massenarbeit sein. Wir müßten einsehen, daß wir kein Exportland ersten Ranges sein könnten, weil die Konkurrenz der anderen Länder so ungeheuer groß geworden sei. Aber etwas anderes könnten wir auch heute noch tun: Wo man früher auch hinkam, in allen Ländern, in allen Fabriken und Industrien habe man Deutsche getroffen. Das müßte auch heute wieder so werden. Denn diese Männer könnten die Verbindung mit dem deutschen Mutterlande aufrecht erhalten und das Ausland für die deutsche Arbeit interessieren. Sie könnten das Ausland darauf aufmerksam machen, was man in Deutschland alles leistet. Sie könnten die Achtung für Deutschland stärken und Pioniere unserer Volkswirtschaft werden. Da uns aber das Ausland auch nach unseren inneren Verhältnissen beurteile, müsse die Lösung sein: So wenig inneren Streit als nur möglich. Ein besonderes Hindernis für unseren Wiederaufstieg sei der Streit über die Verteilung der geringen Produktion. Nicht Politiker, sondern Organisationen müßten wir haben, um auf dem kürzesten Wege den notwendigen Austausch und Austausch zwischen Industrieerzeugnissen und Landwirtschaftsprodukten sicherzustellen.

Steuervünsche der bayerischen Koalitionsparteien.

© München. Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtags haben vereinbart, alle Anträge, die das bayerische Staatsystem berühren, zum Gegenstand vorheriger Besprechungen zu machen, um für die Durchführung die gemeinsame Verantwortung übernehmen zu können. Ein erster gemeinsamer Antrag ersucht die Staatsregierung u. a., mit den übrigen Ländern ins Benehmen zu treten, daß bald mit dem Reich ein Finanzausgleich herbeigeführt wird, der den Ländern und in bestimmtem Umfang auch den übrigen öffentlichen Körperschaften die Steuerhoheit sicherstellt. Bei den Verhandlungen soll erneut die Vermögens-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, mindestens aber das Zuschlagsrecht für diese Steuern gefordert werden unter Beschränkung des Anteils des Reiches auf 10 Prozent. Die Geldwertverminderungsabgabe soll durch eine den tatsächlichen Inflationsgewinn erfassende Steuer ersetzt werden.

Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg.

© Warschau. Der polnische Abgeordnete Diamand, Mitglied der polnischen Handelsvertragsdelegation in Berlin, erklärte in einem Interview über die gegenwärtige Wirtschaftslage des Staates, daß angesichts der in Locarno eingeleiteten Politik eine Auslandsanleihe in einem gewissen Maße von der Lage der Minderheiten im kreditfuchenden Staate abhängig sei. Europa sehe immer mehr unter dem Einfluß des Minderheitenschutzes. Auf den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg übergehend, betonte Abg. Diamand seine üblen Wirkungen auf die Verschärfung der polnischen Wirtschaftskrise und erinnert daran, daß Deutschland seinerzeit zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen sei, sofern sich Polen zu Konzessionen in der Frage der Optanten, der Liquidation deutschen Eigentums und der Niederlassung verstanden hätte — Konzessionen, die Polen heute zugunsten gestehen bereit sei. Grabski habe sich dem Terror der Heißspornie aus dem ehemals preussischen Teilgebiet gefügt, das dank dieser Politik großen Schaden erlitten habe und deshalb auch heute schon nachgiebiger gesinnt sei.

Rußland und die allgemeine Abrüstung.

© Maslau. Zu den Erklärungen des Präsidenten Coolidge in seiner Botschaft an den Kongreß über die Abrüstungsfrage schreibt die maßgebliche russische Zeitung Iswestija:

„Washington hält die Verträge von Locarno ohne Abrüstung für ungenügend. Ungeachtet der zweideutigen ungenügenden Erklärungen Coolidges, der seinen Abrüstungsvorschlag mit allerlei Vorbehalten verfehlt, und ungeachtet unseres Pessimismus hinsichtlich der Möglichkeit tatsächlicher Abrüstung der europäischen bürgerlichen Staaten begrüßen und unterstützen wir diesen Vorschlag.“

Das Blatt spricht dann seine Befriedigung über das Zusammentreffen jahrelanger Bestrebungen der Sowjetregierung bezüglich der Abrüstung mit den Absichten der Regierung der Vereinigten Staaten aus. Die Sowjetunion lehne ebenso wie die Vereinigten Staaten den Eintritt in den Völkerverbund ab, sie werde aber jeden Vorschlag, der auf tatsächliche Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung gerichtet sei, unterstützen. Die Abrüstungskonferenz müsse an einem solchen Orte stattfinden, der die Teilnahme der Sowjetunion ermögliche.

Französische Geheimfonds.

© Paris. In der Kammer wurden mit 413 zu 126 Stimmen die Geheimfonds des Ministeriums des Innern angenommen. Der Innenminister erklärte, daß die im vorigen Jahre von der Kammer geforderte Kontrolle über die Anwendung der Fonds durch eine parlamentarische Kommission praktisch unmöglich sei. Aufzeichnungen über ihre Verwendung werden jedoch dem Präsidenten der Republik vorgelegt werden. Der Innenminister bestand darauf, daß die Polizei über eine Anzahl Geheimagenten verfügen müsse.

Die Umgruppierung der französischen Rheintruppen.

© Paris. Nach einer Havasmeldung aus Mainz sind die Umgruppierungsmaßnahmen der Rheinarmee, die durch die Räumung der Kölner Zone notwendig geworden sind, im Gange und nehmen einen normalen Verlauf sowohl hinsichtlich des im Rheinland selbst durchgeführten Garnitionswechsels als auch hinsichtlich Rückkehr gewisser Einheiten nach Frankreich. Das 91. Infanterieregiment, das in Mainz und im Bründentopf von Wiesbaden, der an die Engländer abgetreten ist, in Garnison lag, ist am 9. und 10. Dezember nach Metzères und Stenay abgegangen.

Pol... Der... griech... brach... Be... sion... bend... Fern... rich... und... Bo... Bah... stim... run... die e... be n... der... in d... nach... in... werd... reit... Beh... deru... trete... licht... mini... falls... men... solle... Be... den... Par... beita... rüft... Si... bere... cou... 134... So r... j... Ber... ein... geord... der... eine... berec... hätten... geüch... für... mit... auch... zahlr... lange... In d... 1) an... Süd... gli... das... am... dur... ich... Sla... die... gen... wur... Der... an... das... Die... und... die... hier... lug... Grü... rag... Dor... den... alte... Bau... abe... auf... D... Sch...

Politisches Ragout vom Völkerbunde.

Der Mohnbau in Persien, Mossul- u. Abrüstungsfrage.

Genf. Der Völkerbundrat entsprochen dem von der griechischen und der türkischen Regierung gemeinsam eingebrachten Antrag, die Frage des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches auf eine spätere Session zu vertagen, da die zwischen beiden Regierungen schwebenden Verhandlungen sich in gutem Fortschreiten befinden. Ferner wurde der Antrag des ungarischen Unterstaatsministers, Grafen Klebelsberg, angenommen und die Erörterung des numerus clausus verschoben. Der Vorschlag der rumänischen Regierung für die Wahl eines rumänischen Ausschusses fand gleichfalls die Zustimmung des Rates. Dieser Ausschuss soll die von der rumänischen Regierung zugestellten 700 000 Goldfrank an die enteigneten ungarischen Kleinbauern in sieben Raten zur Verteilung bringen. Schließlich nahm der Rat ein Angebot des Bireos für Soziale Hygiene in New York in Höhe von 100 000 Goldfrank an. Mit diesem Betrage ist die Entsendung einer Studienkommission nach Persien gesichert, die dort prüfen soll, ob der Mohnbau in Persien durch andere landwirtschaftliche Kulturen ersetzt werden kann.

Der englisch-türkische Mossul-Konflikt.

Der türkische Außenminister Tewfik Rudschi Bey reiste nach Paris, um mit dem dortigen türkischen Votschafter Bethy Bey, der im Herbst 1924 zuerst die türkischen Forderungen auf das Mossulgebiet vor dem Rate vertreten hatte, über den Stand der Mossulfrage und die Möglichkeiten einer Lösung zu sprechen. Der türkische Außenminister wird Anfang nächster Woche in Genf zurück erwartet, falls nicht die hiesigen Verhandlungen eine Wendung nehmen, die die Rückkehr ausschließt. In der Zwischenzeit sollen die Besprechungen des Dreierkomitees mit Munir Bey, dem türkischen Gesandten in Bern, und mit Hikmet Bey, dem türkischen Gesandten in Brüssel, fortgesetzt werden. Das Dreierkomitee wird ohne die Vertreter der beiden Parteien zu einer neuen Sitzung zusammentreten.

Die Abrüstungsfrage.

Der von Benech ausgearbeitete Bericht über das Abrüstungsprogramm des Vorbereitungsausschusses über die Abrüstungskonferenz wurde vom Rat in geheimer Sitzung nach leichten Änderungen genehmigt.

Der Vorbereitende Ausschuss, dessen Zusammensetzung bereits gemeldet wurde, soll unter dem Vorsitz Paul Boncour seine Arbeiten aufnehmen.

Deutscher Reichstag.

134. Sitzung, vom Sonnabend, dem 12. Dezember. In den Verwaltungsrat der Reichspost wird der Abg. Forglar (Komm.) gewählt.

Es folgt die zweite Lesung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Abg. v. Freitag-Loringhoven (Dnatl.) stimmt dem Vertrage zu und hebt hervor, daß seine Freunde sich immer für ein gutes Verhältnis zu Rußland ausgesprochen hätten. Der Abgeordnete Wirth habe gegen einen vermeintlichen Frontwechsel der Deutschen nicht polemisiert, und aus diesem Frontwechsel eine Rechtfertigung der Rapallo-Politik abgeleitet. Das sei unberechtigt.

Meinungsverhältnisse über Rapallo

Hätten in allen Parteien bestanden. Andererseits müsse man angesichts der Verträge von Locarno betonen, wie wünschenswert für Deutschland die freie Hand im Osten, und die Freundschaft mit dem russischen Volke sei. Der Bolschewismus sei allerdings auch weiter abzulehnen.

Auf die Verträge eingehend, hebt der Redner hervor, daß sie zahlreiche Mängel aufwiesen. Unsere Einfuhr nach Rußland gelange in Abhängigkeit vom russischen Außenhandelskommissariat. In dem Vertrag mache sich die Verschiedenheit der Rechtsbegriffe in beiden Staaten geltend. Die Deutschen in Rußland seien

zahlreichen Beschränkungen unterworfen. Diese bestünden für die Russen in Deutschland nicht. Auch die russischen Gerichte und Behörden könnten keinesfalls den deutschen gleichgestellt werden. Bei den Verhandlungen hätte man sicher mehr erreichen können. Die Reichsdeutschen in Rußland seien die Pioniere der deutschen Wirtschaft und verdienen jeden Schutz. Alles das könne aber die politische Bedeutung der Verträge nicht verdunkeln.

Der Demokrat Haas sieht in dem Handelsvertrag nur die Fortsetzung des Rapallo-Vertrages. Die Deutschen dürften sich nicht dem Traum hingeben, daß in Rußland wieder die freie Wirtschaft eingeführt werde.

Abg. v. Graefe (Dnatl.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als verfehlt und untragbar. Abg. Rauch (D. Rp.) betont die Notwendigkeit des Vertrages. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinig.) hebt hervor, daß Deutschland bei Verträgen mit Rußland immer benachteiligt sein werde, weil die russische Gesetzgebung ja nicht geändert werden könne. Abg. Rauch-München (Bayer. Rp.) sieht in dem russischen Außenhandelsmonopol eine Schutzwehr gegen die deutsche Einfuhr. Den Löwenanteil am Vertrage habe Rußland.

Der deutsch-russische Handelsvertrag wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt dann die Beratung der Anträge, betreffend die Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Erising (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptauschusses. Dieser beantragt, die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge mit sofortiger Wirkung für Hauptunterstützungsempfänger um 20 Prozent, und für unterstützungsberechtigte Familienangehörige um 10 Prozent zu erhöhen. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung sollen ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden.

Bemerkenswert sind heftige Angriffe des sozialdemokratischen Redners gegen den bisherigen Reichsanwalt Dr. Luthner, der sich als Vertreter des antisozialen Unternehmertums betätigt habe. Dr. Luthner habe für die Waffen der Erwerbslosen nichts übrig. Die Arbeiterschaft werde sich mit der gewährten Erwerbslosenunterstützung nicht begnügen.

Der Kommunist Kädel hält die vom Ausschuss vorgeschlagenen Unterstützungssätze für völlig unzureichend. Ohne erklären zu können, woher man die angeforderten Summen nehmen solle, wünscht er eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dnatl.) teilt mit, daß Minister a. D. Schiele, der sich stets gegen die Unzeitgemäßheit der jetzigen Bestimmungen über die Ruhegehaltsbezüge der Minister ausgesprochen habe, die ihm zustehenden Bezüge der Organisation der Kriegsblinden zur Verfügung stelle. Minister Schiele lege Wert darauf, auch jetzt schon in seinen Bezügen nicht bessergestellt zu sein, als es kommende neue Bestimmungen festsetzen würden.

Abg. Andre (Zentr.) erklärt, die Arbeitslosenunterstützung sei nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein soziales und politisches.

Der Demokrat Ziegler bedauert die Ablehnung der demokratischen Anträge im Ausschuss. Der Abg. Schwarzer von der Bayerischen Volkspartei erinnert die Kommunisten daran, daß Tausende ihrer Kinder aus den Mitteln der christlichen Wohlfahrtspflege unterzogen werden.

Für die Völkische Freiheitspartei spricht der Abgeordnete Stöhr. Seine Partei halte an den Beschlüssen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten fest.

Abg. Dismann (Soz.) erklärt, man dürfe sich nicht hinter die Finanzen verziehen, um den Arbeitslosen das vorzuenthalten, was sie zum Leben brauchen.

Nachdem dann noch einmal der Kommunist Schütz die kommunistischen Anträge empfohlen hat, schließt die Aussprache. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge werden abgelehnt, die Ausschussbeschlüsse angenommen.

Danach werden also die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge mit sofortiger Wirkung für Hauptunterstützungsempfänger um 20 Prozent erhöht, und für unterstützungsberechtigte Familienangehörige um 10 Prozent. Die Höchstgrenze für eine Familienunterstützung werden ebenfalls um 10 Prozent erhöht.

Abend vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr. Am Montag sollen die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter und soll der Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichts zur Aussprache kommen.

Neueste Meldungen.

Ueberrahme der Regierungsbildung durch Dr. Koch.

Berlin, 14. Dezember, mittags 1/2 Uhr. (Telegraphen Union.) Wie die Telegraphen Union erfährt, hat der demokratische Parteiführer Dr. Koch heute vormittag nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen. Amtlich wird hierüber folgende Mitteilung abgegeben: Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. Dr. Koch (Dem) zu einer Besprechung über die zur Zeit gegebene politische Lage der Regierungsbildung. Er richtete hieran an Herrn Dr. Koch das Ersuchen aus den Grundlagen der großen Koalition die Regierungsbildung zu übernehmen. Reichsminister a. D. Dr. Koch erklärte sich zur Annahme dieses Auftrages bereit.

Weihnachtsfest in der Pariser deutschen Botschaft

Paris, 14. Dezember. Wie der Lokalanzeiger aus Paris meldet, fand am Sonnabend abend in der deutschen Botschaft ohne Weihnachtsfeier für die deutsche Kolonisten, zu der über 200 Gäste erschienen waren. Prof. Dr. Knapp Würzburg hielt einen Vortrag über mittelalterliche Kirchenkunst in Frankreich und Deutschland.

Eine russische Räuberbande überwältigt

Berlin 14. Dezember. Die Montagspost meldet aus Moskau: Seit 1921 macht eine Bande von Räubern zwei aneinander grenzende Bezirke der Gouvernements Orlow und Kursk unsicher. Die Bande bestand aus 11 Männern und 4 Frauen. Jetzt wurde die Bande von der Kriminalpolizei im Hause eines Kirchenbauers ausfindig gemacht. Es wurde von der Kriminalpolizei umstellt. Nach einem halbstündigen Kampfe, wobei von beiden Seiten Handgranaten verwendet wurden, waren 8 Banditen tot, während ein neunter schwer verwundet war. Auf der Seite der Polizei wurde ein Beamter schwer verletzt.

Große Mehlvorräte verbrannt.

Hann, 14. Dezember. Am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr entstand durch Kurzschluss der elektrischen Leitung in der Getreidemühle und dem Sägewerk Limhoff & Meyer in Hesepe bei Homp Feuer, das sich rasch ausbreitete. Das Werk ist bis auf die Grundmauern überbrannt. 400 Zentner Getreide und Mehl wurden ein Raub der Flammen.

Dresdner Musikbrief.

Dresden, 11. Dezember. Zunächst mit der Ballettpantomime über deren Uraufführung schon berichtet wurde, erschien in der Oper neuinszeniert der Einakter „Sulannes Geheimnis“ von G. Wolf Ferrari. Das entzückende, armutige Werkchen, das in Handlung und Musik als sicherer Schritt als Rabinettiell erweist, erlebte unter Busch's musikalischer Leitung, Stagemann's Regieführung und mit ihm und Frau Nitsch in den Gesangspartien einen starken Erfolg, an dem auch Ermold durch seine köstliche Verkörperung des hummen Bedienten einen vollen Anteil hatte. — Am vorigen Sinfoniekonzert lernte man Siegmund v. Hausegger als Dirigenten und Komponisten kennen. Er leitete zunächst Beethoven's F-Dur-Sinfonie, ließ aber damit ziemlich kalt. Umso gespannter war man auf seine „Natur-Sinfonie“, die hier noch ziemlich unbekannt war. Zweifellos spricht aus ihr ein großes Talent, mit dem aber das Vollbringen nicht gleichen Schritt hält. Großes Orchester, Orzel und ein Chor werden in dem dreißigstündigen Werk aufbehalten, aber diese beträchtlichen Mittel setzen zu dem reich musikalischen Inhalt in keinem Verhältnis. Die Einführung ist spröde und gekünstelt, nur ganz selten tauchen wirklich klarere Partien auf, denen die fast ermüdende Fülle gegenübersteht. So kam es zu einem Umlagerungsakt, der mehr den Streben des selbst überlebenden Tonsetzers als dem Werke galt. Es muß aber einmal ausgesprochen werden, daß die Staatskapelle in der letzten Zeit unter Ueberrührung und Ueberspannung zu leben scheint, was man sich r an ihr nicht kannte. Wie man hört, sind die Musiker durch die starke Orchesterleitung aller Opern, sowie durch zahlreiche und lange Proben demoralisiert worden, daß sie einen Rückgang ihrer Leistungen selbst schmerzhaft empfinden. — Von den Solistenkonzerten ist ein Abend der „Vereinigung der Freunde deutscher Kunst“ erwähnt, in dessen Verlauf Georg Wille und Walter Bachmann zwei Cellonisten Beethovens und je ein großes Solostück (Koch Suite für Cello allein und die Schubert'sche Wanderer-Fantastik) mit vollendeter Meisterschaft zu Gehör brachten. Der leider nur geringe Besuch dieses so genussreichen Abends ist Zeichen der Zeit, über deren Ungunst die Künstler bitter zu klagen haben.

Dämon des Lebens.

Kriminalerzählung von A. Ostland.

1) (Nachdruck verboten.)
Ueber den weithingestreckten Hügeländern, welche sich an der sogenannten „Triefler Reichsstraße“ hinzieben, nach Süden zu Wien beiziehend, stand der Abendhimmel im glühenden Rot. Wie ein feines Spinnwebchen hob sich das zartgegliederte Türmchen der berühmten „Spinnerin am Kreuz“, der uralten Wegsäule, hinein in die Luft. In dem durchsichtigen Blau stachen sich die Berge, welche den schönen Blick, den man von hier aus über die ungeheure Stadt genießt, begrenzen, ab gegen die Wolkenmassen, die sich dort und da zusammenballten. Dies gab dem ganzen Bilde einen eigenartigen Reiz, der noch erhöht wurde durch die tiefe Einsamkeit, welche hier herrschte.
Auf den Stufen der Steinfäule lag ein junges Mädchen. Der Kopf mit dem welligen, hellbraunen Haar lag fest an dem Sockel des Denkmals. Weiß und zart hob sich das feingemaltene Gesicht ab gegen den dunkleren Stein. Die ersten, dunklen Augen, aus denen ein klarer Verstand und viel Wärme leuchteten, sahen in sehnsüchtiger Erwartung die breite, menschenleere Straße hinab. Man überseh von hier aus einen großen Teil der Stadt; in nächster Nähe lugten massig die Dächer des großen Spitals aus dem Grün der Bäume, dunkel, beinahe ungeheuerlich wirkend, ragte der mächtige Wasserturm empor aus der Ebene. Dort und da wuchsen gigantische Farnstauden mitten aus den Feldern empor, daneben lagen noch viele einfache alte Gehöfte, kleine Wirtschaften, umgeben von dichtem Buschwerk und von Gärten, in denen jetzt der Herbst das Laub zu bunter Farbenpracht gefärbt hatte.

Ueber alles dies flog der Blick des Mädchens hin, aber er hafter nirgends. Manchmal sprang sie jählings auf. Das war, wenn der Klang eines Schrittes an ihr Ohr schlug. Aber immer wieder flog ein Schatten tiefer Enttäuschung über ihre Züge. Nein, das war nicht sein Schritt!

Die Sonne sank tiefer. Mit breiten Flügeln rauschte aus der Abendglut die graue Dämmung hervor und breitete sich über die Erde. Schwerer wurden die Schatten, kein Vogel sang mehr. Und immer tiefer ward die Einsamkeit.

Ein eigentümliches Gefühl der Verlassenheit bemächtigte sich des jungen Mädchens. Mit unsicheren Fingern zog sie ein Briefblatt aus der Tasche, und halblaut las sie nochmals, was sie heute schon so oft, so oft gelesen.

„Mein Liebling! Meine Edith! Wenn es der Dienst mir gestattet, so komme ich heute um halb 6 Uhr zur „Spinnerin am Kreuz“. Sei dort, wenn Du kannst, Du weißt, wie ich mich sehne nach Dir! Aber warte nicht länger als bis 6 Uhr, denn ich fürchte für Deine Sicherheit in jenen einsamen Gegenden! Und nimm Pluto mit! Das ist ein treuer Beschützer. Wenn ich bis 6 Uhr nicht da bin, dann hält mich wieder der Dienst fest. Du weißt, was für ein Tyrann er ist. Aber Du weißt auch, wofür ich arbeite, worum ich ringe. Unser Glück, Edith, unsere Zukunft, unsere Liebe ist der Preis! Auf Wiedersehen! Dein Herbert.“

Das junge Mädchen hatte sich wieder auf den Stufen niedergelassen. Nun verberg der Sockel demjenigen, der von der Stadtseite herkam, fast ganz ihre Gestalt. Sie hielt den Brief noch immer in der Hand, aber ihre Augen blickten über das Blatt hinweg ins Leere.

„Herbert!“ sprach sie träumerisch vor sich hin.

Es war ein Ton voller, echter Liebe, der in dem Worteklang. Und unwillkürlich flogen ihre Gedanken zurück zu jener Stunde, da sie den geliebten Mann kennengelernt hatte. Das war nun schon ein Jahr her. Damals hatte sie sich bei einem Einkauf in der Stadt verspätet. Das Haus, welches sie mit ihrem Vater seit fünf Jahren bewohnte, lag noch weiter draußen an der Triefler Straße, ganz einsam. Mitten in einem großen Garten war es eingebettet, ein uraltes Gebäude, welches ehemals wohl ein Gasthaus, eine der einfachen Herbergen gewesen war, jetzt aber von ihr und dem Vater und einer halbtändigen alten Dienerin allein bewohnt wurde.

Edith seufzte tief auf. Immer und immer umgab sie,

das frische, junge Geschöpf, diese unendliche Einsamkeit und Stille, vor der sie sich beinahe fürchtete. Ihr Vater wurde mit der Zeit völlig menschenscheu. Niemand hätte in dem wortfargen, trübsinnigen Manne mehr den stolzen, lustigen Offizier von einst erkannt. Damals — als sie Herbert kennenlernte — waren ihr ein paar Stroiche plötzl entgegengetreten, dort an der Wegbiegung, halbtrockene Büsche, welche ihr mit rohen Neden und Späßen den Weg versperrten. Da war — ganz überraschend — der große blonde Mann neben ihr geblieben, hatte mit seinem derben Stoß ein paar Hiebe nach rechts und nach links ausgeteilt, daß die frechen Büsche rasch das Weite suchten, und hatte sie dann bis in die Nähe ihres Hauses geleitet. Damals hatte sie dem jungen Polizeibeamten — denn als solcher stellte Herbert von Ramin sich ihr vor — herzlich für seine Hilfe gedankt. Sie konnte ihn nicht einladen, mit ihr zu ihrem Vater zu kommen. Sie wußte, daß dieser jeder Berührung mit Fremden aus dem Wege ging und in dieser Beziehung äußerst streng war. Aber als es sich traf, daß der junge Beamte einige Tage später wieder denselben Weg ging — und das traf sich oft, denn die Gegend ist bekannt wegen ihrer rauhen, stiefeligen Stroche — da war Edith sehr glücklich gewesen, als sie ihm begegnete. Ja — und so war das dann gekommen! Aus dem zufälligen Zusammentreffen war eine große, starke Liebe emporgewachsen, eine Liebe, welche zum besten, einzigen Inhalt ihres so freudarmen Lebens wurde.

Nur eins war dem von Natur aus sehr offenen jungen Mädchen höchst drückend, und das war das Versteckte, Heimliche ihres Verhältnisses. Und doch konnte daran vorderhand nichts geändert werden, das sah sie selbst ein. Ganz schüchtern hatte sie einmal gegen den Vater erwähnt, daß sie auf ihren Spaziergängen, welche sie fast immer ganz allein mit dem großen Bernhardiner Pluto unternahm, den jungen Polizeibeamten Herbert von Ramin wiedergetroffen hätte, der ihr einen so großen Nitterdienst erwiesen habe. Aber noch heute dachte sie mit tiefer Angst an die Szene, welche hierauf folgte.

(Fortsetzung folgt.)



Auf zur Wahl Ihres Weihnachtsbedarfes!

Wir bitten die wertgeschätzte Einwohnerschaft von Stadt und Land bei Einkäufen die ortsansässigen Geschäftsleute zu berücksichtigen.

**Verein für Handel und Gewerbe für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz r. V.
Ortsgruppe Pulsnitz des Textileinzelhandels.**

Passende Weihnachts-Geschenke

in reicher Auswahl:

Sofadecken, 2 1/2 m lang	Unterröcke für Frauen und Kinder
Tischdecken u. dreiteilige Gedecke	wollne Damen-Strümpfe
Kommoden-Decken	wollne Kinder-Strümpfe schwarz und farbig
wollne Schlaf-Decken	wollne Socken
Reise-Decken	Handschuhe in großen Sortimenten
Bettvorlagen	Chenille-Schals
Läuferstoffe in Linoleum	Klub Westen
Wachstuche	Bolero-Jäckchen
gestickte Kissen in aparten neuen Mustern	
leinene Tischtücher	

Die Preise sind den Bestrebungen des Preisabbaues angepaßt!

Hauptstraße Carl Henning Hauptstraße

Dienstag vorm. eintreffend empfehle
frischen Schellfisch und Goldbarsch
geköpft
Fernruf 213 **Röhrer**

1. Schellfisch und Goldbarsch
ohne Kopf
Hermann Fühlich

Schlitten-Vorkauf!
Ein neuer **4 sitziger** mit abnehmbarem Bod., Türn, ein- und zweispännig
Ein gebrauchter zweispänniger **4 sitziger** mit Bod.
Ein **Kinder-Stuhlschlitten** mit Plüschausschlag und Reßdecke stehen zum Verkauf

C. Löhnig.

Ein fettes **Schwein** zu verkaufen.
Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle

Eine Biege ist zu verkaufen
Obersteina 101b

Effektenmarkt.
Am Markt der festverzinslichen Werte war, wie schon gesagt, die 5proz. Reichsanleihe etwas fester, gegen Schluß senkte sich der Kurs wieder auf 0,2025. — Von Transportwerten waren Hochbahn etwas niedriger. — Am Schiffahrtsaktienmarkt waren die führenden Werte nicht ganz einheitlich. — Am Bankaktienmarkt beanspruchten Berliner Handelsgesellschaft das größte Interesse. — Kaliwerke kaum verändert, im Gegenlag zu chemischen Werten, die besonders am Schluß der Börse sich weiter abschwächten. — Am Maschinen- und Motorenmarkt war das Geschäft überaus geringfügig.

Ämtliche Devisen-Notierung.

Devisen (in Reichsmark)	12. Dezember (Gelb)	11. Dezember (Weiß)	12. Dezember (Weiß)	11. Dezember (Weiß)
New York . . . 1 \$	4,195	4,207	4,195	4,205
London . . . 1 £	20,349	20,399	20,351	20,401
Amsterdam . . . 100 Fl.	168,53	168,95	168,54	168,96
Kopenhagen . . . 100 Kron.	104,67	104,93	104,77	105,03
Stockholm . . . 100 Kron.	112,26	112,54	112,24	112,52
Oslo . . . 100 Kron.	85,39	85,61	85,49	85,71
Italien . . . 100 Lire	16,93	16,97	16,88	16,92
Schweiz . . . 100 Fres.	30,87	31,07	30,84	31,04
Paris . . . 100 Fres.	15,355	15,395	15,33	15,37
Brüssel . . . 100 Fres.	19,03	19,07	19,03	19,07
Prag . . . 100 Kron.	12,418	12,458	12,418	12,458
Wien . . . 100 Schill.	59,14	59,28	59,13	59,27
Spanien . . . 100 Peseta	59,68	59,82	59,71	59,85

Bankdiskont: Berlin 9 (Sombard 11), Amsterdam 4, Brüssel 7, Paris 6, London 5, Wien 9, Prag 6 1/2.

Ämtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin vom 12. Dezember. (Getreide und Delfaaten per 1000 Kilogramm losst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark.)
Weizen, märkischer 248—252, pommerscher 251—255, Dezember 255—257, März 264,50—264 Geld, Mai 268—267, schwächer. Roggen, märkischer 146—152, pommerscher 151—156, Dezember 164, März 178, Mai 185,50, matt. Gerste, Sommergerste 190 bis 216, Wintergerste 155—168, matt. Hafer, märkischer 163—173, Dezember — März 181 und Geld, Mai 188, schwächer. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (jeinste Marken über Notiz) 32,25—36,25, matt. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 22,25—24,50, matt. Weizenkleie frei Berlin 11,75—12, fettig. Roggenkleie frei Berlin 9,75—10,20, fettig. Raps 355—365, fettig. Victoria-Erbfisen 26—32,50. Kleine Speiseerbsen 22—24. Futtererbsen 19,50 bis 20,50. Peluschken 17—18. Ackerbohnen 20—21. Wicken 21—23. Lupinen, blaue 11,75—12,25, do. gelbe 12—14,50. Rapskuchen 14,75—15. Leinuchsen 23,60—23,80. Erbsenschnitzel 8,40—8,60. Sojabohnen 22—22,20. Torfmehl 30/70 7,70—7,80. Kartoffelstücken 14,80—15,20.

Berliner ämtlicher Bericht vom Schlachtviehmarkt vom 12. Dezember. Auftrieb: 2470 Rinder, darunter 425 Bullen, 804 Ochsen, 1241 Kühe und Färjen, 1750 Kälber, 5875 Schafe, 5838 Schweine, 300 Fiegen, 298 Auslandsschweine. Verkauf: Bei Schweinen ziemlich glatt, die anderen ruhig. Preise: Ochsen: a) 50—54 b) 44—47, c) 38—42, d) 32—35. Bullen: a) 48—51, b) 44—46, c) 40—42. Kühe und Färjen: a) 50—52, b) 40—45, c) 30—37, d) 24—28, e) 20—22. Fresser: 32—40. Kälber: a) —, b) 72—82, c) 60—70, d) 48—55, e) 38—45. Schafe: a) 43—47, b) 32—40, c) 25—30. Schweine: a) —, b) 85, c) 82 bis 84, d) 77—81, e) 75—76, f) —. Sauen: 75—78. Fiegen: 20 bis 25.

Berliner Futtermittel vom 12. Dezember. (Ämtliche Preisfestsetzung der Berliner Futtermittelkommission im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.) 1. Qualität 178, 2. Qualität 150, abfallende 130 Rm. per Zentner. Tendenz: Ruhig.

Der Markt am 26. Dezember fällt wegen des Feiertages aus.

Die Viehmärkte der Woche.
Erneuter Preisrückgang.
Der Auftrieb an Schlachtvieh zu den Märkten in dieser Woche war in allen Gattungen und auf den meisten Märkten wieder höher. Der Handel verlief fast durchweg langsam, und die Preise gingen erneut für alle Gattungen zurück. Besonders scharf gaben die Schweinepreise nach, die fast durchweg 1—9 Pfennige billiger wurden. Bei Schafen konnten die Verkäufer auf einer ganzen Reihe von Märkten noch Vorpreise erzielen, sonst aber gingen auch hier die Preise um 2—6 Pfennig zurück. Bei Rindern und Kälbern war der Rückgang nicht so erheblich, und zwar wurde für Rinder vereinzelt noch etwas mehr bezahlt, sonst aber 1—4 Pfennig billiger bzw. unverändert, und Kälber wurden meist 1—5 Pfennig je Pfund billiger bzw. notierten unverändert. Auf den nachfolgenden Märkten notierten für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennig:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin . . .	20—54	40—90	25—47	74—85
Bremen . . .	30—56	40—90	30—50	65—82
Breslau . . .	18—53	15—65	32—51	72—80
Chemnitz . . .	20—54	45—75	30—46	75—82
Danzig*) . . .	10—14	20—74	12—30	46—61
Dormmund . . .	20—56	40—85	20—50	71—82
Dresden . . .	25—55	48—77	30—48	63—84
Hilfeldorf . . .	20—62	45—87	—	68—86
Elberfeld . . .	20—58	50—85	30—55	75—86
Essen . . .	23—61	45—85	20—48	78—87
Frankfurt a. M. . .	12—58	35—72	23—50	65—89
Hamburg . . .	13—54	30—84	24—50	68—84
Hannover . . .	20—53	30—80	20—45	65—82
Hulsm (kein Auftrieb)	—	—	—	—
Karlsruhe . . .	18—58	55—70	—	80—94
Raffel . . .	20—53	42—55	—	84—94
Kiel . . .	16—51	29—68	20—45	49—80
Köln . . .	20—60	55—85	27—44	65—88
Leipzig . . .	20—55	35—65	20—50	70—87
Magdeburg . . .	18—52	30—65	20—40	62—84
Mannheim . . .	14—58	50—75	22—35	68—85
München . . .	16—60	62—77	—	64—90
Plauen . . .	18—68	48—68	26—50	84—95
Stettin . . .	10—52	30—85	15—42	75—85
Stuttgart . . .	13—55	55—74	—	64—93
Swidau . . .	15—50	40—70	25—48	75—82

*) Für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Achtung! Textilarbeiter!

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen — Fabrik- und Heimarbeiter —, die Lohnforderungen an die Firma

Ghurig-Raupach

haben, wollen sich zu einer **Bersammlung**

am **Dienstag, den 15. Dezember**, vormittags 10 Uhr im „**Herrnhaus**“, Pulsnitz einfinden zwecks Geltendmachung dieser Forderungen.

**Deutscher Textilarbeiter-Verband
Gewerkverein Deutscher Textilarbeiter (H.A.)**

Strümpfe

in Wolle, gestrickt, Kaschmir, Mako, Flor u. Kunstseide

Damen-Schlupfhosen

reine Wolle, verschiedene Farben preiswert bei

Martha Brosche
Königsbrücker Straße 4, 1 Treppe

Zum Weihnachts-Feste

empfehle ich:

Herren- und Damenwäsche
in Hemdentuch, Barchent, weiß und bunt

**Tischwäsche, Hand-, Wisch- u. Taschentücher
warme Unterkleidung**
für Frauen, Männer und Kinder

**Strümpfe, Handschuhe, Schals, Selbstbinder
Linon, Rohnessel, Barchent, weiß und bunt
Stangenleinen, Halbleinen für Bett-Tücher
Rolltuchleinen vom Stück**

fertige Bettwäsche, Bett-Tücher, halblein. u. Barchent

Willy Junkers
Neumarkt 4, im Hause der Frau Kessel

Junge Hähnchen und Gänse!

Bestellungen nimmt entgegen
Ökonomieverwaltung des Rittergutes Pulsnitz
5 Hühner sind zu verkaufen Pulsnitz, Bischofswerdaer Str. 173 S.

Anzeigen sind die Schrittmacher im kaufmännischen Wettrennen.

**** Großer Kirchendiebstahl.** In die katholische Pfarrkirche in Niedermendig (Eifel) wurde eingebrochen. Der Altar bot, als der Einbruch entdeckt wurde, ein Bild der Verwüstung. Zwei Kelche, ein Ciborium mit 200 Hostien, zwei Krankenpatenen, zwei fast ganz goldene Monstranzen und ein wertvoller Primizkelch wurden geraubt. Bisher sind die Einbrecher nicht ermittelt worden.

**** Hochwassergefahr im Moselgebiet.** Infolge des Tauwetters und starker Regenfälle schwillt die Mosel mit großer Schnelligkeit an. Bei Trier ist sie von 0,78 auf 2,78 Meter gestiegen. Der Rhein ist bei Köln noch nicht wesentlich gestiegen.

Handel.

Berliner Börse vom Sonnabend.
Der feste Verlauf der beiden letzten Börsen hat zum mindesten haltgemacht. Das Geschäft war stiller, die Tendenz leicht nachgebend.

Aus aller Welt.

**** Grauenhafter Selbstmord.** In Neustadt am Südrharz verübte ein Geisteskranker einen grauenhaften Selbstmord, indem er einige Stücke Karbid verschluckte. Unter größtlichen Schmerzen starb der Mann an inneren Verbrennungen.

**** Raubüberfall auf ein Bankgebäude.** Drei maskierte Räuber drangen in das Gebäude des Halleschen Bankvereins in Güssen (Anhalt) ein, schossen einen Bankbeamten nieder, erbeuteten 2000 Mark und entkamen.

**** Winter in den schlesischen Gebirgen.** Der Schlesische Verkehrsband teilt mit, daß in den schlesischen Gebirgen überall bei Kältegraden neue Schneefälle niedergegangen sind, so daß der Schneesport weiter aufs Beste zu betreiben ist.

**** Vatermord und Selbstmord.** In Ronitz (Westpreußen) erschöß der 29jährige arbeitscheue Rudolf Thieleman seinen Stiefvater, den 55jährigen Bergmann Walter. Der Mörder schloß sich darauf in eine Kammer ein und verübte mittels einer Dynamitpatrone, die er sich in den Mund steckte und zur Entzündung brachte, Selbstmord.